

Corona-Krise: Geflüchtete besonders stark betroffen

Forscherinnen am Leibniz-Institut für Länderkunde haben mit Akteuren in Geflüchteteninitiativen in Leipzig gesprochen. Die Ergebnisse ihrer Recherche verdeutlichen die schwierige Lage in den Asylunterkünften und Betreuungseinrichtungen und unterstreichen den verstärkten Handlungsbedarf bei Unterbringung, Kommunikation und Bildung.

Wie geht es Geflüchteten aktuell in Leipzig? Wie gehen sie mit den Covid-19-Beschränkungen um? Und welche Rolle spielen die gesellschaftspolitischen Akteure, die für das Ankommen geflüchteter Menschen in der Stadt sorgen? Um mehr über diese in der Öffentlichkeit bislang weniger beachteten Aspekte der Corona-Krise herauszufinden, haben Dr. Elisabeth Kirndörfer und Dr. Kathrin Hörschelmann vom Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in einer nicht repräsentativen Telefonbefragung Stimmen von Sozialeinrichtungen und Beratungsstellen gesammelt.

Soziale Isolation führt zu Ängsten

Demnach leiden Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, besonders unter den Besuchs- und Ausgangsbeschränkungen. Beratungen sind eingestellt, Gemeinschaftsräume geschlossen, Kinder- und Familienbetreuungsangebote, aber auch Aktivitäten wie Sport, Nähcafés oder Fahrradwerkstätten sind ausgesetzt. Ehrenamtliche Unterstützungen, etwa in Form von Patenschaften, wurden ganz „auf Eis gelegt“, dadurch fehlt der direkte Kontakt zu den Bewohnern. Die ersatzweise Kommunikation über Video kann nur teilweise Abhilfe leisten und Angebote wie offene Treffs nicht ersetzen, oft scheitert auch sie an der fehlenden Bereitstellung von flächendeckendem WLAN. Konflikte können sich in dieser angespannten Lage leicht hochschaukeln.

Äußerst problematisch ist die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen. In ihnen herrscht ein besonders „starrer Zustand“, wie eine Beschäftigte berichtet. Hunderte Menschen leben dort auf engstem Raum, ohne Anschluss an zivilgesellschaftliche Strukturen. Aufgrund fehlender Hygienevorrichtungen können sie sich nicht angemessen gegen das Virus schützen.

Auch die sich ständig ändernde Informationslage führt zu Verunsicherung, vor allem bei Migrantinnen und Migranten mit geringen Deutschkenntnissen und jungen Geflüchteten, die noch nicht lange in Deutschland leben. Die Menschen wissen oft nicht, was sie dürfen und was nicht. Zu ihrer Angst vor Ansteckung durch das Virus kommt die Sorge, von der Polizei kontrolliert zu werden und aufenthaltsrechtliche Probleme zu bekommen.

Als besonders schwierig schätzt eine Beratungsstelle die Situation von Familien ein. Sprachliche Hürden und fehlende Geräte wie Notebooks erschweren die Teilnahme der Kinder an den digitalen Ersatzangeboten der Schulen. Durch das ständige enge Beieinandersein wächst die Gefahr häuslicher Gewalt gegenüber den Kindern wie auch unter Geschwistern und Eheleuten.

Wünsche an die Politik

Von der Politik wünschen sich die Akteure in der jetzigen Lage vor allem eines: mehr Schutz. Sie rufen dazu auf, marginalisierte Gruppen stärker in den Fokus rücken, damit diese nicht noch mehr diskriminiert werden als sie es ohnehin bereits sind. Im Bildungsbereich müssten die Verantwortlichen jetzt rasch digitale Möglichkeiten für alle schaffen und den Leistungsdruck bei Kindern verringern. Sammelunterkünften sollten abgeschafft, unbefristete Aufenthaltstitel erteilt, die Sanktionen im Asylbewerberleistungsgesetz gestoppt und uneingeschränkter Zugang zum deutschen Gesundheitssystem gewährt werden. „Wir steuern auf eine große soziale Krise zu und müssen dafür sorgen, dass die organisierte Zivilgesellschaft gut arbeiten kann“, zitieren Elisabeth Kirndörfer und Kathrin Hörschelmann eine der Betroffenen. „Viele der Befragten erwarten von den politisch Verantwortlichen, dass sie die sozialen Einrichtungen und Vereine jetzt und auch nach der Krise finanziell so ausstatten, dass sie ihre Arbeit nicht nur fortführen, sondern intensivieren können“, so die Wissenschaftlerinnen.

Hintergrund

Im Rahmen eines europäischen Verbundprojekts haben sich Elisabeth Kirndörfer und Kathrin Hörschelmann bis vor kurzem mit der Frage beschäftigt, wie junge Geflüchtete den öffentlichen Raum mitgestalten und dabei ihre individuellen Migrationsgeschichten einbringen können. Wegen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie können die IFL-Forscherinnen ihr Vorhaben derzeit nicht wie geplant fortführen. Gemeinsam mit ihren Projektpartnern in England, Belgien und den Niederlanden haben sie sich deshalb dafür entschieden, den Fokus auf die aktuelle Situation in den Asylunterkünften und Betreuungseinrichtungen zu richten. „Wir sind uns im Klaren darüber, dass unsere Umfrage nicht die strengen Kriterien einer wissenschaftlichen Studie erfüllt und längst nicht alle individuellen Erfahrungen berücksichtigt. Trotzdem denken wir, dass die Ergebnisse dazu beitragen können, die angespannte Lage in den Asylunterkünften und Hilfseinrichtungen zu verbessern.“

Weitere Informationen:

Dr. Elisabeth Kirndörfer
e_kirndoerfer@leibniz-ifl.de

Dr. Kathrin Hörschelmann
k_hoerschelmann@leibniz-ifl.de